

CDU

Der Wiedergänger

Mit seiner Sammelaktion versucht Helmut Kohl in seiner Partei ein Comeback. Seine drohende Präsenz erschwert der neuen Führung um Angela Merkel und Friedrich Merz den Start. Doch zu einer grundlegenden Erneuerung ist die CDU nicht bereit.

Die Bilder haben alle schon im Kopf: Berliner Reichstag, am Freitag dieser Woche, auf dem Programm steht eine Feierstunde zur Erinnerung an die ersten freien Wahlen in der DDR. Die Kameras fahren über die vorderen Reihen der Union, verweilen kurz auf den Zügen des schmalen neuen Fraktionschefs Friedrich Merz, dann schwenken sie schräg dahinter auf die von ihm und der CDU-Basis favorisierte zukünftige Parteivorsitzende Angela Merkel.

Hinter Merz wird vergrämt der zurückgetretene Wolfgang Schäuble sichtbar. Und dann taucht – bräsig, breit und buddhahaft – eine vertraute Figur der Vergangenheit auf: Helmut Kohl, Ex-Ehrenvorsitzender und Ex-Kanzler. Guck – da ist er ja wieder. Lange verweilt die Kamera auf dem Gesicht, das die alte Union repräsentiert, die er nach seinem Bilde formte.

Für die neue Führung ist dieses Szenario blanker Horror. „Das Auftauchen von Kohl am nächsten Freitag wird mit so viel Begeisterung zur Kenntnis genommen, wie das Treffen mit einem Wiedergänger“, sagt der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, der selbst die Rückkehr von Kohl in den Plenarsaal begrüßt. Verwunderlich findet aber

auch er die Irritationen um den Altkanzler nicht: „Das wird für uns schwer werden, denn wir müssen uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen.“

Die ist bizarr genug: Da sitzt der alte Rechtsbrecher aus dem Westen, der 25 Jahre lang als Patriarch die Partei beherrschte, während zur Feier des Tages der ihm verhasste und Stasi-verdächtige Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, 16 Minuten lang die Errungenschaften des Rechtsstaats feiert.

Soll so der Neubeginn der Union aussehen? Vergebens forschte der geschäftsführende Fraktionsvorstand vergangene Woche nach Auswegen. Versuche von Merz und dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Michael Glos, den Altlast-Kanzler Kohl von seinem Erscheinen im Bundestag abzuhalten, schlugen fehl.

Das sei eine „historische Stunde“, ließ Kohl die Parteifreunde wissen, und die gedenke er wahrzunehmen. Und nachdem er – in einem herablassenden Akt finanzieller Buße ohne Reue – seine „Fehler“ beim gesetzeswidrigen Spendensammeln durch Akquirierung von 5,9 Millionen Mark ausgebügelt zu haben glaubte, verkündete er, dass er nun auch „bald“ wie-

der an den normalen Plenarsitzungen teilnehmen werde.

Den Zeitpunkt seines Wiedererscheinens im Plenum hat Kohl gut gewählt. Auf den „Kanzler der Einheit“ kann und will die Union nicht verzichten. Der – so Merz – gehöre zur Identität der Partei. Und doch wird Kohl sein Mandat künftig wohl auf den hinteren Plätzen absitzen müssen. Schon ist der Sitz in der zweiten Reihe, auf dem der Altkanzler nach seiner Abwahl bonbonlutschend zu thronen pflegte, abgebaut. Die Leere signalisiert, dass hier künftig Schäuble seinen Rollstuhl platzieren will.

Helmut Kohl aber – darum drehten sich hektisch die Beratungen vergangene Woche – soll möglichst nicht auf einer Sichtachse mit Merz und Merkel sitzen. Wie will man den Kostümwechsel vom „Büßerhemd“ zum „Kampfanzug“ verständlich machen, den CSU-Chef Edmund Stoiber fordert, wenn der Anlass zur Buße so aufdringlich präsent ist?

Die Sorge, dass „der Alte“ als optischer Hintergrund jeden Versuch zur Neuorientierung der Union schon im Ansatz symbolisch erdrücken könnte, treibt die junge Fraktionsführung um Merz bekennt hilflos



CDU-Abgeordneter Kohl bei seiner Pressekonferenz zur Geldsammelaktion*: Der Versuch, sich ein Plätzchen im Herzen der Partei



CDU-Generalsekretärin Merkel beim Politischen Aschermittwoch*: Auf dem Weg zur vierpoligen Führung?

L. CHAPERON

im SPIEGEL-Gespräch: „Helmut Kohl ist schließlich nur einer von 669 Abgeordneten“ (siehe Seite 28).

So ist es, und so ist es nicht. Der massive Alte ist einmalig, und „seine“ CDU hat wenig Ähnlichkeit mit der, für die Merz, Merkel und viele jüngere Unionspolitiker eintreten. Und so ist drei Wochen vor dem



M. URBAN

zurückzuerobern

entscheidenden Parteitag in Essen die Krise der Union noch längst nicht vorbei.

Ende vergangener Woche trat der Konflikt offen zu Tage: Der alte Parteivorsitzende Kohl meldete sich im Berliner Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung zurück.

Gewiss, Kohl mietete den Saal der Adenauer-Stiftung für 1250 Mark als Privatmann an, plus 550 Mark für die Konferenztechnik, um seine Pressekonferenz abzuhalten. Dass er vor einer Wand ohne CDU-Logo sitzen musste, wurmte ihn mächtig. „Ich habe keinen Grund, mich mit der Partei zu versöhnen“, ließ er jedoch die Journalisten trotzig wissen. „Ich war und bleibe in der Partei. Sie ist meine politische Heimat.“

Das klang wie eine Drohung, obwohl er ausdrücklich betonte, er werde sich in die Angelegenheiten der neuen Führung nicht mehr einmischen. Angela Merkel? Kein Wort zum „Mädchen“. Nur dass auch er die Partei jetzt für reif halte, eine Frau an der Spitze zu verkräften, tat er kund: Schließlich hat sich Helmut Kohl immer schon als Vorkämpfer für die Gleichberechtigung verstanden.

Artig bedankte sich seine künftige Nachfolgerin Merkel tags darauf in der Burgherrenhalle von Kaiserslautern, in Kohls eigener Pfalz, für den lang anhaltenden

Beifall von 1200 CDU-Mitgliedern, die sie besonders herzlich begrüßten. Obwohl sie auf eine Kandidatenrede verzichtete, machte sie – ohne Namen zu nennen – den Unterschied zu Kohl sehr deutlich: „Wir müssen von unten nach oben diskutieren. Es ist wichtig, dass die Meinung der Basis klar ist – nicht wie in der Regierungszeit.“

Krise als Chance, wie Schäuble in Kaiserslautern sagte, das heißt: „Wir müssen aus unseren Fehlern lernen.“ Der Zeitpunkt ist jetzt. Der Veränderungsdruck in der CDU sei „so groß wie nie“, steht in einem Papier der Jungen Union (JU). Nachdem die Partei viel zu lange – „durch Entscheidungsfindung in kleinen Zirkeln, zu Krönungsmessen ritualisierte Parteitage und fehlende Einbeziehung der Mitgliedschaft“ – zum „Instrument für die Teilhabe an der in unserem Land zu verteilenden Macht missbraucht wurde“, plädiert die JU-Vorsitzende Hildegard Müller nun für einen neuen Aufbruch: „Die Zukunftsfähigkeit der CDU entscheidet sich in der Frage, ob sich Beharrung oder Erneuerung durchsetzt.“

In ähnlicher Schwebelage befindet sich, will man den krachenden Aschermittwochsreden der Parteimatadoren aller Richtungen glauben, zurzeit die gesamte organisierte politische Klasse in der Bundesrepublik Deutschland. Eine „Generalinventur des demokratischen Systems“ forderte FDP-Generalsekretär Guido Wester-

* Links: am vergangenen Donnerstag in Berlin; oben: in Stavenhagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Wahl zwischen zwei Übeln

Die Staatsanwaltschaft will Strafbefehl oder Anklage gegen Altkanzler Kohl.

Eine knappe Dreiviertelstunde hatte Helmut Kohl via TV den Deutschen erklärt, dass er mit seiner Millionengabe eine Art persönlichen Schlussstrich unter die Spendenaffäre gezogen habe: Fehler gestanden, Verantwortung übernommen, Schaden ausgeglichen.

Es war 13.42 Uhr, als der Altkanzler am vergangenen Donnerstag gähnte und selbstzufrieden befand: „Ich habe den Eindruck, wir kommen zum Ende.“

Doch das war's noch lange nicht. Neues Unheil droht, finanziell und juristisch. Auf 6,3 Millionen Mark hat Kohl den von ihm verursachten Schaden für die CDU beziffert, doch der beträgt voraussichtlich ein Vielfaches – die Partei rechnet mit mindestens 30 Millionen Mark mehr. Ab Juni werden bereits Liquiditätsprobleme befürchtet. Und Kohl weiß inzwischen, dass er, wenn es nach der Staatsanwaltschaft Bonn geht, schon bald der erste vorbestrafte Ex-Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein wird.

Denn jetzt bereits ist klar: Die Strafverfolger wollen das Verfahren 50 Js 1/00 gegen „Dr. Helmut Kohl und andere“ nicht einfach einstellen. Sie sind sicher, dem Ex-Kanzler Untreue gegenüber seiner eigenen Partei nachweisen zu können. Dutzende Ordner über das geheime Kontensystem hat ein Experte für Wirtschaftskriminalität, den die Ermittler eigens hinzugezogen haben, inzwischen ausgewertet.

Ihren Untreue-Vorwurf stützen die Ermittler auf drei Säulen. So sei

- ▶ schon der jahrelange Betrieb einer schwarzen Kasse eine geradezu klassische „Vorbereitungshandlung“. Die Millionen seien „außerhalb der Verfügungs- und Kontrollgewalt der Partei“ gewesen;
- ▶ die eigenmächtige Verteilung der Gelder durch Kohl „ohne Einschaltung oder Zustimmung“ der „zuständigen Gremien“ ein Verstoß gegen die Finanzordnung der CDU; und
- ▶ das Verschweigen der Spendernamen ein bewusster Bruch des Parteiengesetzes. Damit drohen der CDU Strafzahlungen in Millionenhöhe, für diesen Schaden sei der Altkanzler persönlich verantwortlich.

Aus Sicht der Justiz kann das Verfahren daher nicht, wie von der Kohl-Seite favorisiert, gegen Zahlung einer Geld-

buße eingestellt werden. Das wäre für den fehlbaren Patriarchen ein vergleichsweise eleganter Weg: Er müsste eine „gewisse Schuld“ akzeptieren, eine relativ hohe Buße zahlen, hätte aber seine Ruhe und gälte auch nicht als vorbestraft.

Vergangene Woche nahmen Kohls Anwälte erstmals gegenüber der Staatsan-

waltschaft Stellung, um die Vorwürfe zu entkräften. Die von ihrem Mandanten gesammelten und auf Treuhandkonten geparkten Spenden seien der Partei nicht verborgen geblieben, sondern hätten diese am Ende stets erreicht. Anderes habe Kohl auch nie im Sinn gehabt. Jede Mark sei im Interesse der CDU verwandt worden.

Auch die drohenden Strafgebühren hätten kein strafrechtliches Gewicht. Kohls Anwälte argumentieren seine Anwälte, habe außerdem stets der Untreue-Vorsatz gefehlt. Er habe ja seiner Partei nichts weggenommen, sondern ihr im Gegenteil zusätzliche Geldmittel verschafft. Überzeugen diese Argumente die Ermittler nicht doch noch, bleibt Kohl wohl nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Bei einem Strafbefehl wäre er zwar vorbestraft und bei über 90 Tagessätzen würde dies auch ins Führungszeugnis eingetragen – ihm bliebe aber ein öffentlicher Prozess erspart. Lehnt Kohl diesen Weg ab, weil er auf Freispruch setzt, bleibt aus jetziger Sicht der Staatsanwaltschaft nur die Anklage. Der dann 70 Jahre alte Ex-Kanzler müsste sich einem Verfahren stellen, das wohl erst vom Bundesgerichtshof endgültig entschieden würde.

Kohls Kollekte diente auch dazu, gegenüber der Staatsanwaltschaft argumentieren zu können, er habe den Schaden ja beglichen. So etwas macht sich immer gut, auch wenn es streng juristisch gesehen keine vollständige „tätige Reue“ ist. Außerdem hat Kohl zwar selbst 700 000 Mark aufgebracht und will dafür sogar sein Haus in Oggersheim beleihen, aber der Rest des Geldes stammt von anderen. Darunter sind Kleinspender wie die Mimen Uschi Glas („Zur Sache Schätzchen“), Heiner Lauterbach („Männer“), die Schlagerszene-Promis Dieter Thomas Heck („Hitparade“) und Michael Holm („Tränen lügen nicht“). Das große Geld brachten Medien-Mogule wie Leo Kirch oder der „WAZ“-Verleger Erich Schumann. Der ehemalige Verwaltungsratschef der Treuhand und heutige Tchibo-Aufsichtsratsvorsitzende Jens Odewald und Ehefrau Jutta gaben ebenfalls reichlich.

Mit rund 95 000 Mark beteiligt sich nach dem Parteiengesetz auch der Steuerzahler an der Schadensbegrenzung. 50 Pfennig pro Spendenmark gibt es für bis zu 6000 Mark pro Spender als staatlichen Zuschuss obendrauf.

Die SPD hält Kohls Aktion nicht nur politisch, sondern auch steuerrechtlich für fragwürdig. Der Abgeordnete Klaus Lennartz verlangte, Bundesfinanzminister Hans Eichel solle prüfen, ob „nicht

Helfer in der Not



Odewald

Glas

Lauterbach

Kirch

waltschaft Stellung, um die Vorwürfe zu entkräften. Die von ihrem Mandanten gesammelten und auf Treuhandkonten geparkten Spenden seien der Partei nicht verborgen geblieben, sondern hätten diese am Ende stets erreicht. Anderes habe Kohl auch nie im Sinn gehabt. Jede Mark sei im Interesse der CDU verwandt worden.

Auch die drohenden Strafgebühren hätten kein strafrechtliches Gewicht.

Kohl, argumentieren seine Anwälte, habe außerdem stets der Untreue-Vorsatz gefehlt. Er habe ja seiner Partei nichts weggenommen, sondern ihr im Gegenteil zusätzliche Geldmittel verschafft.

Überzeugen diese Argumente die Ermittler nicht doch noch, bleibt Kohl wohl nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Bei einem Strafbefehl wäre er zwar vorbestraft und bei über 90 Tagessätzen würde dies auch ins Führungszeugnis einget-

Kohl-Bungalow in Oggersheim
„Über alles neu reden“



der Tatbestand der Steuerhinterziehung seitens der CDU verwirklicht sein könnte“ oder Schenkungsteuer anfallt.

Kohls Anwälte freilich sind sicher, dass die Konstruktion, an der sie lange getüftelt haben, steuerrechtlich hält. Demnach zahlen die Spender das Geld auf ein Treuhandkonto bei der Commerzbank Essen ein, auf das Kohl keinen Zugriff hat. Bis die gesammelten 6,3 Millionen Mark an die CDU weitergeleitet werden, fungieren die Anwälte als Treuhänder für die Geber. Wer eine Quittung will, muss sie sich bei der CDU besorgen. Kohl tritt nur als Spendenwerber und Bote auf.

Einige, die Kohl für alte und treue Freunde hielt, wollten nichts geben. Je mehr sich mancher „bemüht hat, möglichst nahe bei mir zu sein, umso weniger war er jetzt bereit, was zu tun“, klagte der enttäuschte Gutmacher. Der Kaufhaus-Multi Michael Otto rief angeblich nicht einmal selbst zurück, sondern ließ nur ausrichten, er wolle sich nicht beteiligen.

Dabei wäre mehr Geld durchaus dienlich. Denn die Bundestagsverwaltung prüft, ob die CDU auch für die rund zehn Millionen Mark nicht deklarierte Spenden zur Rechenschaft gezogen werden kann, die der Partei von 1989 bis 1992 zufflossen. Auch hier sind die Spender nie ordnungsgemäß benannt worden. Wie viel von diesem Geld, das zu großen Teilen vom Siemens-Konzern stammen soll, Kohl selbst einwarb, ist noch unklar.

Die CDU hat schon nachgerechnet: Wenn die Bundestagsverwaltung zu dem Ergebnis kommt, auch diese Spenden seien rechtswidrig erlangt oder nicht vorschriftsmäßig veröffentlicht, muss die Partei die zehn Millionen Mark nachträglich an das Bundestagspräsidium abführen. Das Doppelte, also 20 Millionen, wäre zusätzlich an „Strafgeld“ fällig.

Falls „aus früheren Zeiten noch was kommt“, wusste Kohl schon vorigen Donnerstag müsse wohl oder übel „über alles neu geredet werden“ – und der Ex-Kanzler vielleicht noch einmal sammeln gehen. WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO

welle untadelig-korrekt in Passau.

In Vilshofen verlangte die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt, dass sich „Politik nicht wie ein Krake in allen Lebensbereichen, in allen Verbänden, Vereinen, öffentlichen Einrichtungen breit machen darf“. Und der heimliche Grünen-Chef Joschka Fischer, der in Passau und in Biberach vom Leder zog, findet ohnehin, „dass alle Parteien sich verändern müssen, auch die Grünen“.

Nur hat man das alles schon allzu oft gehört, ohne dass sich die politische Praxis geändert hätte. Munter entsenden die Parteien weiter ihre Vertrauten in Rundfunk- und Fernsehredaktionen, besetzen Sparkassenvorstände und Lotto-Gesellschaften, sie sprechen mit bei der Einsetzung von Richtern, Chefarzten und Schuldirektoren.

Kein Wunder also, dass sich – nach einer Emnid-Umfrage für den SPIEGEL in der vergangenen Woche – 88 Prozent aller Befragten „mehr direkte Bürgerbeteiligung in der Politik“ wünschen.

Und nun soll es ausgerechnet die CDU sein, die das Ruder herumwirft? Eine Partei, in der ein affärenbeschädigter Kohl demonstrativ auf seine alte Bedeutung pocht?

Mit seiner Sammelaktion hat sich Kohl wieder zum Akteur gemacht und das Heft des Handelns zurückerobert. Als „hinreißend“, „ehrenwert“ und „großartig“ feiern bewundernde Parteifreunde die Initiative des „Alten“. Die anderen überlegen jetzt, wie sie sich künftig verhalten. Sollen sie auf ihn zugehen, ihn grüßen, sich neben ihn setzen? Muss man nicht die Absage einer Geburtstagsfeier zu seinem 70. überdenken? Schon fordert die ostdeutsche Abgeordnete Vera Lengsfeld, man müsse ihn am 3. April jetzt doch feiern.

Weder Merkel noch Merz können es sich leisten, unversöhnlich zu erscheinen. Beide müssen integrieren. Und wenn selbst die Verfasserin des Emanzipationsbriefs und der ungeschminkteste Kohl-Kritiker die weiße Fahne schwenken, sehen die Jungen in der Fraktion nicht ein, „warum wir uns jetzt mit Kritik unbeliebt machen sollen, während die Führung den Kopf einzieht“.



Ministerpräsident Biedenkopf



JU-Vorsitzende Müller

So hat der alte Macht-taktiker kalkuliert. Er weiß, dass seine Sammelaktion als „Coup“ gilt, als „echter Kohl“. Er zeigt es ihnen: Mit dem kleinen Finger schafft er – so will er verstanden werden –, wozu die amtierenden Jammerlappen nicht in der Lage sind. Die sollen ruhig tagen und Probleme wälzen, er handelt. Kohl, so beobachten Parteifreunde, „versucht sich sehr geschickt ein Plätzchen im Herzen der Partei zurückzuerobern“.

Und doch: Eine große Comeback-Show mag er noch einmal inszenieren – den Machtkampf hat er verloren. Kohls Einfluss auf die Findung der neuen Führung ist begrenzt. Er hat nicht einmal Alternativen anzubieten, seit der Hesse Roland Koch ausfällt. Zuvor hatte er angekündigt, Merkel zur Strecke bringen zu wollen. Doch kann ihm Kurt Biedenkopf besser gefallen? Zudem weiß der einstige Chef sehr wohl, dass „die Partei mit ihm Schlitten fährt, wenn rauskommt, dass er die einzige Hoffnungsträgerin der CDU versenkt hat“, sagt ein Kohl-Vertrauter.

Tatsächlich habe es den Alten keineswegs unbeeindruckt gelassen, dass in den vergangenen Wochen auch einfache Parteimitglieder sein Verhalten ablehnten. Bis dahin hatte er sich im Bunde mit der Basis gewöhnt, gegen die undankbare Führungskaste der CDU. Auch im Parlament hatte er mehr Unterstützung erwartet.

„Es wird wohl eine Weile dauern, bis er wieder warm wird mit den Berlinern“, ahnt ein Kohl-Mann. Doch dass er zurückkehren würde, war ihm immer klar. Kohl hat sich nie weggeduckt. Im Gegensatz zur Weihnachtszeit allerdings, als der Ex-Kanzler ein Comeback an die Parteispitze erwog, hat er sich inzwischen mit seinem Dasein als einfacher Parlamentarier abgefunden.

Aber ihn erreichen auch tröstliche Signale. Zwar war die CDU-Generalsekretärin der Star beim Politischen Aschermittwoch im mecklenburgischen Städtchen Stavenhagen. Begeistert wurde sie von knapp tausend Besuchern empfangen, Transparente grüßten: „Wir wollen Angela Merkel“.

Doch als der Schweriner CDU-Fraktionschef Eckhardt Rehberg später mahnte,



man solle sich doch auch bei Helmut Kohl und allen anderen bedanken, die sich für die Ostsee-Autobahn A 20 eingesetzt hätten, erklangen dann „Helmut, Helmut“-Rufe. Ex-Bundestagsabgeordneter Werner Kuhn beendete seine Büttenrede zum Thema Spendensumpf mit den Worten: „Helmut, wir vergeben dir.“ Riesenbeifall.

Deutlich wurde: Die Mitglieder klammern sich an Angela Merkel, von der sie sich Zukunft versprechen, wollen aber auch an der Vergangenheit mit Kohl festhalten.

Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hatte die Stimmung voll erfasst, als er vergangene Woche in der „Frankfurter Allgemeinen“ forderte, dass fortan nicht mehr eine einzelne Führungsfigur, sondern ein „Kollegialgremium“ die Geschicke der Partei bestimmen sollte, „in dem Arbeitsteilung herrscht und dessen Mitglieder klar umrissene Aufgaben übernehmen und ihre Erledigung verantworten“.

Auch Merkel denkt an eine „quadripolare“ Führungsstruktur: sie selbst als Vorsitzende, Merz als Fraktionschef, Bie-

denkopf als Supervize und Stoiber als potenzieller Kanzlerkandidat und rechte Identifikationsfigur. Eine eindeutige Nummer eins sollte es nicht mehr geben, wer sich wie stark profilieren kann, muss sich erst zeigen.

Mit Biedenkopf scheint sich Merkel vorerst darüber verständigt zu haben, dass er als Parteizeuge für Finanzen, Wirtschaft und Soziales zuständig sein könnte. Außerdem könnte der Professor Vorsitzender einer Grundsatzkommission werden.

Im Gespräch für den Posten des Generalsekretärs sind der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Volker Kauder, der Chef der baden-württembergischen Staatskanzlei Christoph Palmer, der Stuttgarter Fraktionschef Günther Oettinger sowie der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz aus Nordrhein-Westfalen. Auch der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Christoph Böhr, ein loyaler Kohl-Gefolgsmann, wird genannt.

Der Generalsekretär – so die bisherigen Überlegungen in Berlin – soll im künftigen Führungsteam der Union eine veränderte Rolle spielen. Als politische Speer-

spitze verstünde sich die Parteivorsitzende selbst. Der Generalsekretär sollte vor allem in die Partei hineinwirken. Dabei könnte er das linke Image Merkels nach innen ausgleichen. Allzu ausgeprägte eigene Ambitionen sind nicht gefragt.

Problematisch dürfte die vierpolige Führung nicht nur werden, weil sich die Akteure womöglich gegenseitig auf den Füßen stehen. Wenig hilfreich ist, dass Merkel nicht gerade als Teamspielerin gilt. Sie ist extrem misstrauisch. Erfolg kann sie nach Einschätzung von Freunden aber nur haben, wenn sie mannschaftsfähig wird.

Es ist ja wahr, dass der steile Aufstieg vom grauen Ossi-Mäuschen zur strahlenden Parteichefin der Wessi-Honoratioren-Partei eine Art Kulturrevolution bedeutet. Es könnte allerdings auch sein, dass dieser markante Wechsel schon mehr Parteireform darstellt, als die CDU verkraften kann.

Immer sind in den vergangenen Jahren die Rufe nach radikalen Veränderungen in den Parteien mit Personalwechsel abgefangen worden. Kollektive Entrüstung, glaubt der Frankfurter Soziologe Karl Otto Hondrich, hält nie lange vor. Deshalb seien die „Mächte des Geldes und der Politik“ auch nur befristet gelähmt, erklärt Hondrich: „Solange die Raserei der Rechtschaffenheit währt, heißt es für sie wie im Auge des Orkans: wegducken, ruhig halten, abwarten. Danach kann die ganze Chose weitergehen wie gehabt.“

In ihrer Existenz haben sich die Parteien – allen raunenden Beschwörungen zum Trotz – nie wirklich bedroht gefühlt, die Union heute so wenig wie die SPD vor einem Jahr. Politikverdrossenheit? SPD-General Franz Müntefering vermag sie nicht zu erkennen: „Für die meisten Menschen ist Politik eine Randerscheinung ihres Lebens, die Mehrzahl hatte schon immer ein sehr distanzierendes Verhältnis zur Politik.“

Die Parteien haben längst zur Kenntnis genommen, dass die jüngsten Skandale bei den Wählern nur noch kleine Erschütterungen auslösten. Um 13 Prozentpunkte hat der Anteil der Deutschen, die mit dem politischen System unzufrieden sind, nach der Ennid-Umfrage für den SPIEGEL im Vergleich zu 1998 zugenommen: 45 Prozent waren es damals schon. Aber wählen wollen auch künftig 86 Prozent.

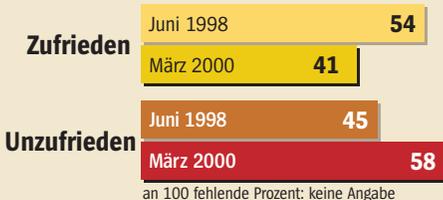
So sind sich die Fachleute in ihren Prognosen über die Folgen der jüngsten Parteiaffäre beängstigt einig. „Nachdem sich das Geschrei gelegt hat, wird es weitergehen wie bisher“, ahnt der Historiker Arnulf Baring. „Es wird nichts passieren, weil es keinen wirklichen Druck in diese Richtung gibt.“ Aus dem Schwebezustand zwischen Aufbruch und Beharrung, der derzeit für Aufregung sorgt, wird bald wieder deutsche Normalität werden: Seit Jahren heißt sie Reformstau.

STEFAN BERG, SUSANNE FISCHER, TINA HILDEBRANDT, HORAND KNAUP, FELIX KURZ, JÜRGEN LEINEMANN, HAJO SCHUMACHER

Republik in Verruf

„Sind Sie allgemein mit dem ganzen politischen System in Deutschland zufrieden?“

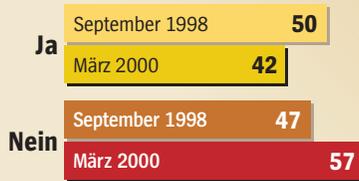
Angaben in Prozent



an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

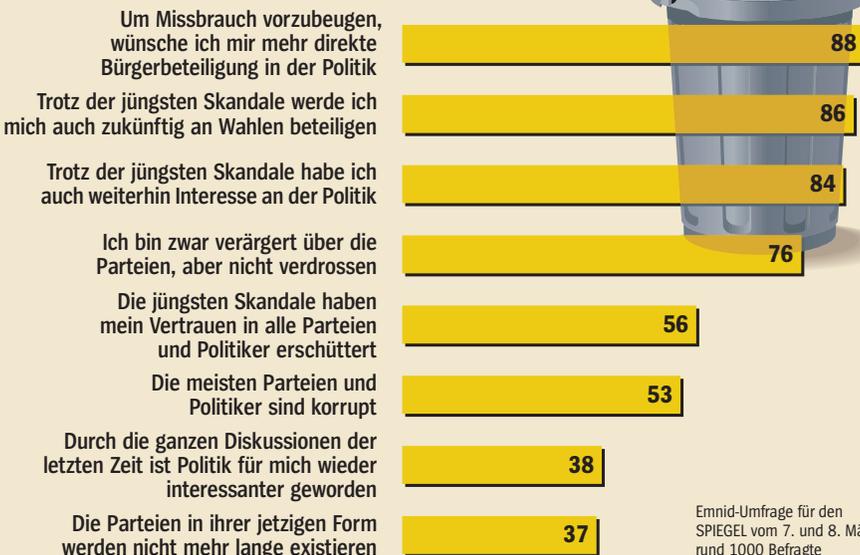
Neue Offenheit

„Neigen Sie, ganz allgemein, einer bestimmten politischen Partei zu?“



Mehr Demokratie wagen!

„Durch den CDU-Spendenskandal oder die Flugaffäre der SPD in Nordrhein-Westfalen wird wieder stärker über Politikverdrossenheit diskutiert. Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie vor diesem Hintergrund zu?“



Ennid-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. März; rund 1000 Befragte

DER SPIEGEL